

Wenn, dem allgemeinen Bedenken der Delegierten entgegenkommend, die aus allen Bezirken von der ungeheuren Empörung der sozialdemokratischen Anhänger und Gewerkschaftsmitglieder gegen die Notverordnung und die Politik der SPD- und KPD-Führer berichten, die an Beispielen bewiesen, wie von unten her die Einheitsfront gegen Reaktion und Faschismus sich bildet, beschloß die Reichskonferenz ein

Öffentliches Bündnisangebot an die sozialdemokratischen Arbeiter und Anhänger in den Gewerkschaften.

Es heißt in diesem Antrag:

„Eure Partei hat auf dem Leipziger Parteitag die weitere Unterstützung Brünings beschlossen. Das ist auch die Grundlage, auf der der KPD-Kongreß durchgeführt werden soll. Eure Parteipräsidenten terrorisieren die Arbeiter, die für Arbeit und Brot kämpfen. Die Reichskonferenz der KPD hat beschlossen, mit aller Energie den Kampf der Massen gegen die Notverordnung Brünings und die Lohnabbauoffensive zu führen.“

Wir wollen Arbeit für die Arbeitslosen, wir wollen Brot für die Hungernden. Wir wollen keine Entlassungen, keinen Lohnabbau, keinen Unterstützungsabbau mehr dulden. Wir wollen kämpfen für die Erhaltung unserer Klasse.

Wir wollen nicht den franken Kapitalismus helfen. Wir wollen für ein sozialistisches Deutschland kämpfen.

Wir sind überzeugt, daß ihr daselbe wollt. Darum bildet mit uns die unbesiegbare proletarische Einheitsfront! Eure Führer machen Einheitsfront mit uns, so steht vor euch allen die Frage. Wir reichen euch die Hand ehrlicher Proletarier entgegen, wir erwarten, daß ihr einschlagt, damit wir gemeinsam unsere Feinde schlagen können. Antwortet auf unser Bündnisangebot, indem ihr in den Betrieben, auf den Stamptischen, in den Gewerkschaften an die KPD-Genossen herantretet und mit ihnen die Einheitsfront aller wirklichen Klassenkämpfer organisiert.“

Die Reichskonferenz hat dann noch einen weiteren, entscheidenden Schritt zur Eröffnung der Beamten und Angestellten durch die Annahme eines Antrages der Delegierten dieser beiden Gruppen auf Schaffung eines KPD-Programms für die Beamten und Angestellten.

Was dem Organisationsbericht des Genossen Strenzi von der Reichsleitung der KPD ging hervor, daß die KPD einen festen Mitgliederbestand von 250 000 erreicht hat, was als ein großer Erfolg zu bewerten ist, in den fünf Monaten seit ihrem organisatorischen Zusammenschluß, bereits in über 3000 Betrieben Gruppen geschaffen hat. Die Reichskonferenz beschloß unter großer Begeisterung, ab 1. August an die Durchführung eines Halbjahresplanes heranzutreten, in dem u. a. als zu erreichende nächste Ziele eine Mitgliederzahl von einer halben Million und die Eröffnung von 5000 Betrieben gestellt sind.

Herunter mit den Preisen!

Entscheidung

Der Reichskonferenz der KPD am 20. u. 21. Juni 1931 in Berlin. Die Preise für die unentbehrlichsten Lebensmittel sind im künftigen Stiegen begriffen.

- Für Brot um 3 Prozent.
- Für Kartoffeln um 15 Prozent.
- Für Gemüse um 14 Prozent.

Der Preis für Zucker ist sogar im Juni als eine Folge der Notverordnung in Berlin um 25 Prozent gestiegen.

Nach den Erfahrungen Brünings soll die Umwälzung einer Klasse der Reichsregierung sein zur Erhöhung der Steuerentnahmen in der nächsten Zeit. Eine der nächsten Schläge gegen die wertvolle Gewässerung soll geführt werden durch eine Erhöhung der Lohnsteuer, die eine weitere unerhörte Ausplünderung der wertvollen Massen durch Verleumdungen bedeutet.

Die Reichskonferenz der KPD erhebt schärfsten Protest gegen den Preiswucher und richtet an das wertvolle Volk den Appell, mit allen Mitteln den Kampf gegen die Preisverhöhung und für Herabsetzung der Lebensmittel zu führen.

Die Warenlager beruhen auf Heberlauf. Das Volk hungert! Die Reichen prähen, der Armen können sich nicht die notwendigen Lebensmittel beschaffen.

Herunter mit den Preisen! Her mit billigen Lebensmitteln!

Sintweg mit Notverordnung!

Eine Mitgliederversammlung der freien Vereinigung der Arbeiter und Arbeiterinnen steht am 20. Juni im unabweislichen Kampf auf Grund der Notverordnung Stellung.

Die Kollegen beschließen einstimmig folgende

Resolution:

„Die am 20. Juni in der Versammlung anwesenden Mitglieder der freien Vereinigung der Arbeiter, Steinholzer und Heller Dresden fordern auf das entschiedenste die Aufhebung der Notverordnung vom Juni d. J. Die versammelten Mitglieder geloben, zu kämpfen gegen weitere Abbauentnahmen der Löhne und Hungerunterstützungssätze und für Einführung der 48-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.“

Teiger Naziüberfall bei Dresden

Nazi begeht aus Furcht vor Strafe Selbstmord

Koblenz, 23. Juni 1931

Auf den Genossen W. H. Müller, Koblenz, der sich auf dem Bahnhof in Koblenz befand, verübten die Nazileute Hartmann und Jentsch, letzterer Vorsitzender der Koblenzer Zeitung, einen niederträchtigen Überfall. Mit dem Ruf „Das Kommunistengeheißel hat überhaupt nichts mehr auf der Straße zu suchen“ pochten sie den Genossen und mehr auf der Straße vor den in die Wohnung des Müller, der sich in Begleitung der Frau auf dem Bahnhof befand, auf den Weg. Die Wohnung des Müller war ungeheuer. Selbst ein Mädchen, das in Begleitung Hartmanns stand, äußerte laut ihren Absichten vor dem Mädchen. Aus Furcht vor der Strafe schloß sich dann Hartmann und beging nach in derselben Nacht in der Wohnung seiner Mutter Selbstmord durch Erhängen. Die Nazis wollten es, diesen Selbstmord als Mord, begangen durch Kommunisten, ausgeben. Die politischen Untersuchungen, die unter dem Druck des Publikums vorgenommen wurden, ergaben jedoch einwandfrei, daß sich Hartmann aus Furcht vor Strafe selbst umgebracht hatte.

Neue Uebertritte zur KPD und KSB!

SPD-Parteitagdelegierter erklärt: „SPD-Wahlspruch ist: Bonzen aller Länder vereinigt euch!“

Wie wir aus Köln erfahren, kam es dort bei der Berichterstattung vom SPD-Parteitag zu heftigen Auseinandersetzungen in der sozialdemokratischen Ortsgruppe. Diese Ortsgruppe hat den Redner Hilbert, Groß, als Delegierten nach Leipzig entsandt, der zu den „Linken“ gehört. In seinem Bericht nannte er die Reden von Weis und Lipinski, abgefeuerte Grammophonreden. Dieser Ausdruck rief die Bonzen auf den Plan, die sich hierüber sehr empörten, daß der Parteivorstand so an den Genossen angeht. Die Mitglieder antworteten jedoch den Genossenschaftsangehörigen. Das Mitglied Tura erklärte:

„Die Sonne geht im Osten auf. Geht die fünfjährige Revolution in der Sowjetunion, dann steht ihr nicht mehr länger die Köpfe der Arbeiter vor.“

Im Schlußwort erklärte Hilbert, die Volksgewalt habe nur das Verbot, was der Parteivorstand für tragbar hielt. Sie habe vor allem verhindert, daß die Mitglieder, die auf der Tribüne den Parteitag beobachteten konnten, ruhig gegen den Parteivorstand Stellung genommen hätten. Auch er hätte von diesem Parteitag die Wahrung genommen, daß für die SPD nicht mehr die Partei behaltet: Proletarier aller Länder, vereinigt euch, sondern daß es jetzt heißt:

„Bonzen aller Länder, vereinigt euch!“

Nach diesem Ausspruch entstand ein ungeheurer Tumult, da die anwesenden Genossenschaftsmitglieder sich dadurch besonders beleidigt fühlten. Schließlich wurde eine Resolution gegen die Stimmen der Bonzen angenommen, die sich gegen die Haltung der Parteitagsgemeinschaft wandte.

Der richtige Weg: Uebertritt zur KPD!

Von der Reichsleitung der KPD erhalten wir folgendes Schreiben zur Verfügung gestellt, das Sie gelten erhebt:

„Ich bitte Sie hiermit um Aufnahme in die KPD und jetzt Sie nachstehend von meinem letzten an die SPD-Ortsgruppe Waldheim gerichteten Briefschreiben in Kenntnis.“

Am die SPD-Ortsgruppe Waldheim. Mit Rücksicht auf das unglaubliche Ergebnis des Leipziger Parteitages hinsichtlich der Sanktionierung sowie Fortsetzung der im letzten Jahre eingeschlagenen Politik der SPD sowie mit Rücksicht auf die am 18. Juni aus den durchsichtigsten Gründen erfolgte re-

neute Hintertreibung der Reichstagswahl durch die SPD-Fraktion lehre ich mich genügt, hiermit meinen Austritt aus der SPD zu erklären. (Unterzeichnet)

Ich bin nach über 2 1/2-jähriger Mitgliedschaft in der SPD den einzig richtigen Weg gegangen in der Ueberzeugung, daß die Mehrheit der heutigen SPD-Anhänger folgerichtig den gleichen Schritt tun wird, sobald sie das wahre Gesicht der SPD-Führerschaft erkannt hat. Es dürfte Sie weiter interessieren, daß erst dieser Tage ein hiesiges SPD-Mitglied nach über 20-jähriger Mitgliedschaft aus den gleichen Gründen wie ich aus der SPD ausgetreten ist. gen. Paul Lorenz, Waldheim i. Sa., Feldstraße 13.“

In Dresden macht sich bei der Uebertrittsbewegung aus dem sozialdemokratischen ins kommunistische Lager besonders die Jugendbewegung bemerkbar. Im Laufe der letzten Tage sind nicht weniger als 15 Genossen der SAJ zum KSB übergetreten, drei Genossen der SAJ Dresden-Stieglitz gründeten eine neue Zelle des KSB, die jetzt 8 Tage nach ihrer Gründung bereits 10 Mitglieder umfaßt. In Friedrichstadt, Johannstadt und Neustadt sind ebenfalls die Antwort auf keine schamlose Hege gegen Herrn Oelshäuser die Antwort auf keine schamlose Hege gegen den Kampfwillen der Jungsarbeiter gegeben.

Der Reichstagsabgeordnete der arbeitenden Jugend, Arthur Becker, spricht

am Freitag den 26. Juni 20 Uhr im Reglerheim in einer Wallenfundgebung der arbeitenden Jugend. Am selben Tag spricht

Landtagsabgeordneter Kurt Siederer, Chemnitz

20 Uhr im Odeum, Carolstraße, in einer Wallenfundgebung des Stadtteils 2 der KPD gegen die Hungererordnung der Brüning- und Schied-Diktator.

In diesen Fundgebungen werden aus dem sozialdemokratischen Lager übergetretene Genossen öffentlich eine Begrüßung für ihren Uebertritt zur KPD, zur roten Arbeiterfront, geben. Die revolutionäre Arbeiterfront Dresdens wird dort Gelegenheit nehmen, ihre neuen Kampfgenossen zu begrüßen.

Gewaltiger Vormarsch in Braunschweig

Ergebnisse des KPD-Volksbegehrens gegen die Franzen-Regierung

Braunschweig, 23. Juni 1931 (Eig. Drahtmeldung)

Die am gestrigen Sonntag im Lande Braunschweig stattgefundene Abstimmung über das von der KPD gegen die nationalsozialistische Franzenregierung eingebrachte Volksbegehren auf Auflösung des Braunschweiger Landtags brachte der KPD einen überwältigenden Erfolg.

Obwohl das Gemeinderatswahlrecht noch nicht vorliegt, zeigt doch bereits das vorliegende Teilergebnis ein hartes Anwachsen der kommunistischen Stimmen, so daß die Möglichkeit besteht, daß die für den Erfolg des Volksbegehrens notwendigen Stimmen erreicht werden. Das bisherige Ergebnis aus 45 Städten und Dörfern verzeichnet 27 535 Ja-Stimmen, über 400 Stimmzettel noch aus. Nur den Erfolg des Volksbegehrens sind 10 Prozent Wahlberechtigte, d. h. 21 700 Stimmen erforderlich. Es fehlen also noch 7135 Stimmen, die von den noch ausstehenden Orten aufzutreiben sind. Das außerordentlich starke Anwachsen der kommunistischen Stimmen zeigt der Vergleich mit der Reichstagswahl im September 1930 und den Kommunalwahlen im März 1931. Das bisherige Ergebnis für das Volksbegehren brachte 27 535 Stimmen. Das Gesamtergebnis vom 14. September 1930 waren 21 334 Stimmen, das Gesamtergebnis vom 1. März 1931 27 535 Stimmen. Das bisherige unvollständige Ergebnis des Volksbegehrens übertrifft also bereits das Ergebnis der Kommunalwahlen vor 3 Monaten und das Ergebnis der Reichstagswahlen sogar um 6000 Stimmen. Noch deutlicher wird der Erfolg ersichtlich, aus dem Ergebnis der Stadt Braunschweig: Am 14. September hatte die KPD 8828 Stimmen zu verzeichnen, am 1. März 1931 11 608 und am 21. Juni 1931 16 788. Nach der Braunschweiger Verfassung erfolgt die Entscheidung über das Volksbegehren nicht wie in den übrigen Ländern durch öffentliche Einreichung in die ausgelegten Listen innerhalb 14 Tagen, sondern in geheimer Abstimmung an einem Tage.

KPD gewinnt 15 Prozent, SPD und Nazis verlieren

Waldorf bei Heidelberg, 23. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Ein für die Stimmung der Massen symptomatisches Ergebnis erzielte die am Sonntag stattgefundene Neuwahl des Gemeinderats in Waldorf. Die Kommunisten gewannen ungefähr 15 Prozent, während die SPD weiter verlor und auch das Sozialistische Zentrum schwere Verluste erlitt und die Nazis einloch katastrophal verloren, indem sie 45 Prozent ihrer

Wähler einbüßten. (Zusatz im Vergleich zur Reichstagswahl) Es erzielten: KPD 484 Stimmen (35%), SPD 88 (6%), Zentrum 417 (30%), Nazis 256 (20%), Christlich-sozialer Volksdienst 378 (58%).

Ruhrtönne für Lohnraub!

Essen, 23. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Unternehmerverband hat den Schiedspruch für den Ruhrbergbau, der die bisherigen Löhne bis 30. September wieder in Kraft setzt, abgelehnt.

Aktionsausschuß gegen Verbot der „Barricaden am Wedding“

Zur Durchführung der Kampagne gegen das Verbot wurde in Essen ein Aktionsausschuß gebildet. An der Spitze der Barricaden, am Berliner Wedding, hat als Einleitung eine gewaltige Protestkundgebung stattgefunden. Im Reich sind weitere Protestkundgebungen in Vorbereitung.

Der Aktionsausschuß fordert die Arbeiter in Betrieben und Stempelstellen auf, zum Verbot Stellung zu nehmen und ihren Protest in Kollektivbriefen und Resolutionen an den Reichshof nachsenden zu lassen.

Zuschriften sind zu richten an den Aktionsausschuß gegen das Verbot des Buches „Barricaden am Wedding“, Hann Eißel, Berlin NW 7, Dorothienstraße 77/78.

Juni

28

Sonntag

Großwerbetag

für

Arbeiterstimme

und

Partei

Verbandsbürokratie schließt die Arbeiteröffentlichkeit aus

Stuttgart, 23. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Auf dem am Sonntag eröffneten Verbandstag der großen Hilfsarbeiter ereigneten sich tolle Szenen als die Verbandsbürokratie dazu überging, mit brutalen Mitteln die Arbeiteröffentlichkeit auszuschließen.

Der Vertreter der Süddeutschen Arbeiterzeitung wurde mit zahlreichen langjährigen Verbandsmitgliedern hinausgeworfen.

Ein oppositioneller Arbeiter aus dem Halerbernd ausgetrieben

In der Arbeiterstimme vom 18. 2. erschien ein Artikel unter der Ueberschrift: Sozialistisches Schloß als Schloß der Klassenjustiz, worin der Satz vorkam: Ein Kollege der KPD macht einen Zwischenruf u. s. w. Den betreffenden Zwischenruf hat dieser sozialistische Kollege daraufhin ausgelassen. Dieser Kollege ist ein Arbeiter, der gegen die Bonzen in Opposition steht. Er ist nicht in der KPD organisiert. Ein Bericht, den ein anderer Arbeiter an seine Zeitung schreibt, der nicht ganz genau informiert ist, genügt den verantwortlichen Bürokraten, einen oppositionellen Arbeiter aus der Organisation zu werfen. In der Tat: So niederträchtig können nur ausgeglichene Bonzen verfahren.